

Europäische Menschenrechtskonvention

Ein Studienbuch

Bearbeitet von
Prof. DDr. Christoph Grabenwarter, Prof. Dr. Katharina Pabel

6. Auflage 2016. Buch. Rund 580 S. Kartoniert
ISBN 978 3 406 66424 3
Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Europarecht , Internationales Recht, Recht des Auslands > Europarecht](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Kurzlehrbücher
für das juristische Studium

Grabenwarter/Pabel
Europäische Menschenrechtskonvention

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Europäische Menschenrechtskonvention

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Ein Studienbuch

von

Dr. Dr. Christoph Grabenwarter

Professor an der Wirtschaftsuniversität Wien
Richter des Verfassungsgerichtshofs Österreich

und

Dr. Katharina Pabel

Professorin an der Johannes Kepler Universität Linz

6. Auflage, 2016

Verlag C. H. BECK, München
Helbing Lichtenhahn Verlag, Basel
Manz'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien

beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN (C. H. BECK) 978 3 406 66424 3

ISBN (Helbing Lichtenhahn) 978 3 7190 3607 2

ISBN (MANZ) 978 3 214 16421 8

© 2016 Verlag C. H. Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG

In den Lissen 12, D-76547 Sinzheim

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH

Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Die Zeit seit der letzten Auflage war zunächst von einer gravierenden Umstellung des Verfahrens vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte geprägt. Mit dem Ziel der Entlastung des Gerichtshofs wurden mit dem 14. Protokoll die Anforderungen an Beschwerden formalisiert und standardisiert, im Ergebnis wurden sie verschärft. Die Möglichkeit, eine Sach- oder ausführlich begründete Zulässigkeitsentscheidung eines richterlichen Spruchkörpers des EGMR zu erlangen, wurde eingeschränkt, wenn man die Einzelrichtererledigungen nicht dazu rechnet. Die Neuerungen des 14. Protokolls wurden vom Gerichtshof sukzessive umgesetzt und begannen Schritt für Schritt zu greifen. In Teilbereichen fanden eine spürbare Entlastung, ein Abbau von Rückständen und eine Reduktion der Verfahrensdauer statt. Einen Stau gibt es derzeit vor allem noch bei den aussichtsreichen Fällen, die der Regierung zugestellt wurden.

Gleichzeitig ging die Diskussion um die Reform des Gerichtshofs weiter. Diese führte in den letzten Monaten zu durchaus zukunftsweisenden Ergebnissen, allein sie werden in einem politischen Umfeld in West- wie in Osteuropa geführt, das eine Einigung auf tiefgreifende Reformen unter den Mitgliedstaaten, die zu Änderungen der EMRK führen könnten, unwahrscheinlich erscheinen lässt. Man kann den Grad der Uneinigkeit auch am (bescheidenen) Ratifikationsstand des 12. Protokolls, mehr noch am (in seinen Auswirkungen ohnehin zweifelhaften) 16. Protokoll ablesen, selbst die Ratifikation des aus Staatensicht an und für sich wenig problematischen 15. Protokolls zieht sich in die Länge. Der Beitritt der Europäischen Union zur EMRK ist – wenigstens vorläufig – gescheitert, nachdem der Luxemburger Gerichtshof diesen im Dezember 2014 für unvereinbar mit dem Unionsrecht und mit seiner eigenen Stellung befunden hatte. Das ist alles andere als erfreulich und ein weiteres Beispiel dafür, dass die europäische Integration auch im Bereich der Menschenrechte ein schwierig Ding geworden oder besser geblieben ist.

Eine ganze Generation von Richtern, die eine maßgebliche Zeit des ständigen Gerichtshofes nach dem 11. Protokoll prägten und erstmals ohne Möglichkeit der Wiederbestellung gewählt worden waren, verließ den Gerichtshof. Neue Richter traten und treten an ihre Stelle, ihre Wahl wurde erstmals begleitet von einer Qualitätskontrolle durch einen Beratenden Ausschuss von Experten, die sich in entscheidenden Fällen aber als unzureichend erweist; ein Reformbedarf besteht auch hier. Die hohe Qualität der Straßburger Richter muss ein zentrales Anliegen bleiben, weil sie sowohl für die Qualität ihrer Entscheidungen als auch für das Ansehen und die effektive Wirkung der Rechtsprechung in den Mitgliedstaaten unabdingbare Voraussetzung ist. Schließlich sind es die nationalen Gerichte, allen voran die Verfassungsgerichte, die für die Wirksamkeit der EMRK in den Mitgliedstaaten die Hauptverantwortung tragen.

Die Rechtsprechung des Gerichtshofs bleibt gefordert von alten, aber auch neuen Problemlagen, die teils aus dem gesellschaftlichen Wandel, teils aus neuen Bedrohungen folgen. Die Einheitlichkeit der Rechtsprechung bleibt als Ziel die große Herausforderung des EGMR. Die Arbeitskapazität der Großen Kammer hat ihr Limit erreicht. Die Anstrengungen des Gerichtshofs, durch Forschungsberichte, Rechtsprechungsübersichten und Rechtsprechungsführer sowie interne Arbeitsbehelfe die Einheitlich-

keit der Rechtsprechung zu fördern, sind in ihrer Qualität bemerkenswert und schaffen bis zu einem gewissen Grad Abhilfe. Soweit die Dokumente – sogar in verschiedenen Sprachen – veröffentlicht werden, erhöhen sie auch die Kenntnis der Rechtsprechung und ihre Rezeption in den Mitgliedstaaten ganz erheblich. Dennoch bleibt der Befund, dass die Rechtsprechung heute unvorhersehbarer denn je ist. Ob eine staatliche Entscheidung noch in den *margin of appreciation* fällt oder einer *strict scrutiny* unterliegt, wird zwar oft, zumal von der Großen Kammer, ausführlich begründet. Über den Einzelfall hinaus lassen sich dann aber doch selten Schlüsse ziehen.

Ein wenig möchte dieses Buch dazu beitragen, die Rechtsprechung besser zu erfassen und vorherzusehen. Es weiß sich heute umgeben von zahlreichen anderen (Lehr)Büchern und Kommentaren in deutscher und in englischer Sprache (und vielen anderen Sprachen, die aber dem deutschen Leser gesamt gesehen nicht so zugänglich sind). Da es andere Möglichkeiten der Recherche gibt, als ein Buch von vorne nach hinten zu lesen, wurde bei dieser Auflage noch einmal stärker auf die Darstellung der Zusammenhänge geachtet, mancher Abschnitt von Grund auf überarbeitet, bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des Anspruchs, die wesentliche Rechtsprechung möglichst umfassend darzustellen. Sie ist im Wesentlichen auf dem Stand vom Juli 2015, vereinzelt konnten noch jüngere Entscheidungen eingearbeitet werden. Ein Verzeichnis wichtiger Entscheidungen des EGMR wurde – einer Anregung aus dem EGMR folgend – nach mehrjähriger Unterbrechung wieder aufgenommen. Dagegen mussten bei den Verweisen auf ältere und jüngere Literatur aus Platzgründen Einschränkungen vorgenommen werden. Aus denselben Gründen wurden ältere Urteile sowie die Praxis der früheren Kommission überall dort aus den Fußnoten gestrichen, wo es mittlerweile eine differenziertere jüngere Rechtsprechung des EGMR gibt. Trotzdem ist das Buch wieder dicker geworden, mag es der Verlag auch noch als „Kurz-“Lehrbuch bezeichnen.

Die 6. Auflage wäre bei diesem Anspruch von zwei Autoren nie zu bewältigen gewesen. In den vergangenen drei Jahren haben uns unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Linz und in Wien bei einzelnen Abschnitten tatkräftig unterstützt: Manfred Hartl LL.M., Dr. Christina Hochhauser LL.M., Nina Palmstorfer LL.M., Mag. Maria-Theresia Rappersberger, Mag. Marie-Therese Störck, Mag. Beate Sündhofer und Dipl.Jur. Katharina Struth. Daniela Bittner, Lisa Fuchs, Sophie Natlacen, Sebastian Schneider und Kerstin Sitte waren bei der Recherche der Urteile und der Erstellung der Verzeichnisse eine große Hilfe. Ihnen allen sei Dank gesagt.

Wo gehobelt wird, fliegen Späne. Das Buch hat Fehler, die wir auch bei noch so häufigen und genauen Kontrollen nicht ausmerzen konnten. Wir danken den Lesern, die uns Hinweise zur Voraufgabe gegeben haben, und bitten diese und künftige Leser, uns wieder Fehler oder Lücken zu mitzuteilen, am besten per E-Mail an sekretariat.grabenwarter@wu.ac.at oder katharina.pabel@jku.at.

Wien/Linz, im Dezember 2015

Christoph Grabenwarter
Katharina Pabel

Aus dem Vorwort der 1. Auflage

Am 3. September 2003 werden genau fünfzig Jahre vergangen sein, seit die Europäische Menschenrechtskonvention in Kraft getreten ist. Vor bald fünf Jahren wurde ihr Rechtsschutzsystem mit der Einrichtung eines neuen ständigen Gerichtshofs grundlegend neu gestaltet. Diese beiden Umstände sind äußere Zeichen für die Bedeutung und den Erfolg der EMRK. Der Bedeutungszuwachs dieses internationalen Menschenrechtsvertrags seit dem Jahr 1990 manifestiert sich aber noch in einigen weiteren Entwicklungen. Zum Ersten wurde die Grenze des Gebiets jener Staaten, die Mitglieder sind, vom ehemaligen „Eisernen Vorhang“ weit über das geographische Europa hinaus in den Kaukasus hinein und bis an den Pazifik verschoben, im „Europäischen Menschenrechtsraum“ leben heute rund 800 Millionen Menschen. Zum Zweiten hat die Rechtsprechung des Menschenrechtsgerichtshofs in diesem Zeitraum in einem Maße zugenommen und eine Breite wie Tiefe erreicht, dass nahezu alle Bereiche der nationalen Rechtsordnungen von ihr betroffen sind. Zum Dritten haben fast alle Mitgliedstaaten die EMRK auf die eine oder andere Weise auch innerstaatlich zum verbindlichen und unmittelbar geltenden Maßstab gemacht. Und viertens schließlich gewinnt die EMRK über das Recht der Europäischen Union an Bedeutung: Seit dem Vertrag von Maastricht findet sich ein ausdrücklicher Verweis auf die EMRK im heutigen Art. 6 Abs. 2 des Unionsvertrages; der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften nimmt mehr und mehr auf die EMRK und die Rechtsprechung des EGMR Bezug; und die Grundrechte-Charta nimmt schließlich den „acquis conventionnel“ gleichsam in sich auf.

Dementsprechend verwundert es nicht, dass die EMRK auch in der Lehre an den Universitäten Deutschlands, Österreichs und der Schweiz gleichermaßen an Bedeutung gewonnen hat. Das vorliegende Buch soll eine Grundlage für das Studium der Grund- und Menschenrechte im Allgemeinen bilden, aber auch den Einstieg in die spezialisierte Befassung mit der EMRK erleichtern. Darüber hinaus soll es aber auch der Praxis einen Einblick in das weltweit erfolgreichste System des internationalen Menschenrechtsschutzes geben und weiterführende Hinweise auf Rechtsprechung und Literatur bieten.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort V
 Aus dem Vorwort der 1. Auflage VII
 Abkürzungsverzeichnis XXI
 Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur XXVII

1. Teil. Die EMRK als völkerrechtlicher Vertrag

§ 1. Entstehungsgeschichte und Entwicklung der Europäischen
 Menschenrechtskonvention 1
 § 2. Die EMRK im Völkerrecht 4
 I. Vom völkerrechtlichen Menschenrechtsschutz zur europäischen
 Menschenrechtsverfassung 4
 II. Kernbestand von Rechten und stufenweise Ergänzung durch die
 Zusatzprotokolle 7
 III. Die Vorbehalte nach Art. 57 EMRK 7
 1. Allgemeines 8
 2. Voraussetzungen der Gültigkeit 8
 IV. Suspendierung im Notstandsfall 10
 1. Allgemeines 10
 2. Voraussetzungen der Suspendierung 11
 3. Notstandsfeste Rechte 12
 4. Verfahren 12
 V. Das Günstigkeitsprinzip und der gleichwertige Grundrechtsschutz
 1. Allgemeines 13
 2. Der Inhalt des Günstigkeitsprinzips 14
 § 3. Die EMRK im Recht der Mitgliedstaaten 15
 I. Die Stellung der EMRK im Recht der Mitgliedstaaten 15
 1. Die EMRK im Verfassungsrang 15
 2. Die EMRK im Rang zwischen Gesetz und Verfassung 16
 3. Die EMRK im Gesetzesrang 17
 a) Allgemeines 17
 b) Die Rechtslage in Deutschland 19
 II. Typologie der Einwirkungen der EMRK auf das Recht der
 Mitgliedstaaten 22
 § 4. Die EMRK und das Recht der Europäischen Union 24
 I. Die völkerrechtliche Verantwortlichkeit der EU-Mitgliedstaaten
 nach der EMRK 24
 II. Die EMRK und die Grundrechte-Charta 26
 1. Der Einfluss der EMRK auf den Inhalt der Grundrechte-
 Charta 26
 2. Die Integration der Charta in das Recht der Union 26
 3. Das Verhältnis zwischen EMRK, Charta und nationalen
 Verfassungen nach Art. 52 und 53 GRC 27
 III. Die Grundrechte der EMRK als „allgemeine Grundsätze“ 28
 IV. Der Beitritt der Europäischen Union zur EMRK 29

§ 5. Allgemeine Fragen der Auslegung der EMRK	31
I. Besonderheiten der Wortlautinterpretation: Authentische Sprachen statt Staatssprache	31
II. Besonderheiten der historischen Interpretation	32
III. Besonderheiten der systematischen Interpretation	34
1. Das Regelungsumfeld der EMRK	34
2. „Autonome Interpretation“	34
IV. Besonderheiten der teleologischen Interpretation	38

2. Teil. Verfahrensrecht und Organe der EMRK

1. Kapitel. Organisation und Struktur des EGMR	41
§ 6. Entwicklung	41
§ 7. Die Richter	42
§ 8. Die Gliederung des Gerichtshofs	44
I. Allgemeines	44
II. Die Einzelrichter	45
III. Die Dreier-Ausschüsse	45
IV. Die Kammern	46
V. Die Große Kammer	47
2. Kapitel. Das Beschwerdeverfahren vor dem EGMR – Teil 1	48
§ 9. Die Individualbeschwerde	48
I. Gegenstand der Beschwerde	48
II. Form der Beschwerde	49
§ 10. Die Staatenbeschwerde	51
I. Gegenstand der Beschwerde	51
II. Form der Beschwerde	52
§ 11. Prozessvertretung	53
§ 12. Maßnahmen zur Sicherung der Effektivität von Beschwerden	53
I. Vorläufige Maßnahmen („interim measures“)	53
II. Vorrangige Behandlung von Beschwerden („priority cases“)	56
III. Dringliche Mitteilung („urgent notification“)	57
3. Kapitel. Das Beschwerdeverfahren vor dem EGMR – Teil 2	57
§ 13. Ablauf des Verfahrens	57
I. Der äußere Verfahrensablauf	57
II. Die Prozessvoraussetzungen im Verfahren der Individualbeschwerde	59
1. Die Partei- und Prozessfähigkeit	59
a) Natürliche Personen	60
b) Juristische Personen und Personengruppen	62
2. Die Opfereigenschaft des Beschwerdeführers	64
3. Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtswegs	69
a) Vertikale Rechtswegerschöpfung	72
b) Horizontale Rechtswegerschöpfung	78
4. Wahrung der Beschwerdefrist	79
III. Sonstige formelle Gründe der Unzulässigkeit einer Beschwerde ...	83

1. Anonymität der Beschwerde	83
2. Res iudicata und Litispendenz	84
3. Missbrauch des Beschwerderechts	86
IV. Die inhaltliche Prüfung der Beschwerde im Rahmen der Zulässigkeitsprüfung	86
1. Unvereinbarkeit der Beschwerde mit der Konvention	87
a) Ratione personae	87
b) Ratione loci	88
c) Ratione temporis	89
d) Ratione materiae	89
2. Offensichtliche Unbegründetheit der Beschwerde	90
3. Unzulässigkeit wegen Geringfügigkeit des Nachteils	91
V. Drittbeteiligte	94
VI. Prüfung der Rechtssache und Ermittlung der Tatsachen	97
VII. Gütliche Einigung	97
VIII. Streichung der Beschwerde	99
IX. Die Zuständigkeit der Kammern	101
1. Beginn des Verfahrens vor der Kammer	101
2. Abgabe an die Große Kammer durch die Kammer	102
3. Verweisung an die Große Kammer auf Antrag einer Partei	102
X. Mündliche Verhandlung	103
XI. Besonderheiten im Verfahren der Staatenbeschwerde	104
§ 14. Das Urteil des EGMR	107
§ 15. Gerechte Entschädigung und Ersatz der Kosten	109
I. Schadensersatz	110
1. Allgemeines	110
2. Formale Anforderungen und Verfahren	111
3. Materieller Schaden	111
4. Immaterieller Schaden	112
II. Kostenersatz	114
§ 16. Rechtswirkungen und Durchsetzung der Urteile	115
I. Rechtswirkungen der Urteile	116
1. Rechtskraftwirkung	116
2. Orientierungswirkung	120
3. Die Rechtswirkungen der Urteile in Deutschland	121
II. Die Durchsetzung der Urteile durch das Ministerkomitee	124
III. Authentische Interpretation der Urteile durch den Gerichtshof	126
IV. Verfahren bei Verstößen gegen die Befolgungspflicht nach Art. 46 EMRK („infringement proceedings“)	126

3. Teil. Die Garantien der EMRK

1. Kapitel. Grundrechtslehren für die Garantien der EMRK	128
§ 17. Der Geltungsbereich der Garantien der EMRK	128
I. Persönlicher Geltungsbereich	128
1. Grundrechtsberechtigte	128
2. Grundrechtsverpflichtete	130
II. Räumlicher Geltungsbereich	134

1. Keine Verantwortlichkeit bei extraterritorialen Akten anderer Staaten	135
2. Verantwortlichkeit für extraterritoriale Akte	135
a) Wirksame Kontrolle eines Gebiets	136
b) Befehlsgewalt und Kontrolle durch Staatsorgane	136
c) Ausübung extraterritorialer Gewalt im Gebiet eines anderen Mitgliedstaats	137
III. Zeitlicher Geltungsbereich	138
§ 18. Struktur der Grundrechtsprüfung	140
I. Allgemeines	140
II. Schutzbereich	141
III. Der Eingriff in ein Grundrecht	142
IV. Gesetzliche Grundlage	143
1. Rückführbarkeit der Eingriffsgrundlage auf ein vom Parlament beschlossenes Gesetz	144
2. Zugänglichkeit	144
3. Hinreichende Bestimmtheit der gesetzlichen Grundlage	144
V. Legitimes Ziel	145
VI. Die Verhältnismäßigkeit des Eingriffs	146
VII. Besondere Beschränkungen der Rechte von Ausländern	153
VIII. Besonderheiten bei Justizgrundrechten	154
1. Bestimmung des Schutzbereichs	154
2. Prüfung der Vereinbarkeit mit Organisations- und Verfahrensgarantien i. e. S.	154
3. Das Eingriffs-Rechtfertigungs-Prüfungsschema und Abwägungsvorgänge bei den Justizgarantien	155
4. Grundrechtsverzicht	155
§ 19. Gewährleistungspflichten („obligations positives“)	157
I. Grundrechtliche Gewährleistungspflichten als Oberbegriff und Ausgangspunkt	157
II. Schutzpflichten	158
1. Allgemeines	158
2. Schutzpflichtdogmatik	158
3. „Drittwirkung“ und Schutzpflichten	159
III. Gewährleistungspflichten bei Organisation und Verfahrensgestaltung	160
IV. Informationspflichten	162
V. Verpflichtungen zur Gewährleistung von Teilhaberechten	162
2. Kapitel. Die Rechte und Freiheiten der EMRK	163
§ 20. Fundamentalgarantien	163
I. Recht auf Leben	163
1. Allgemeines	164
2. Schutzbereich	165
3. Eingriffe	167
4. Rechtfertigung	168
a) Vollstreckung eines Todesurteils	168
b) Die Ausnahmen des Art. 2 Abs. 2	169

a)	Tötung zur Verteidigung eines Menschen	171
bb)	Tötung anlässlich der Festnahme	172
cc)	Tötung zur Unterdrückung einer Aufruhr oder eines Aufstands	173
5.	Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	173
a)	Schutzpflichten	174
aa)	Strafrechtlicher und zivilrechtlicher Schutz des Lebens	174
bb)	Präventiver Schutz vor Tötungsdelikten	175
cc)	Schutzmaßnahmen bei Lebensgefährdungen durch äußere Ereignisse	177
dd)	Schutzpflichten gegenüber besonders schutzbedürftigen Personen	178
ee)	Schutzmaßnahmen gegenüber Personen im Näheverhältnis zum Staat	180
b)	Gewährleistungspflichten zur Organisation von Polizeieinsätzen	181
c)	Gewährleistungspflichten zur Untersuchung von Todesfällen	183
II.	Folterverbot und Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung	189
1.	Allgemeines	190
2.	Schutzbereich und Eingriffe	190
a)	Folter	191
b)	Unmenschliche Behandlung	193
c)	Erniedrigende Behandlung und Strafe	196
3.	Art. 3 als absolutes Recht	199
4.	Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	201
5.	Fallgruppen	204
a)	Polizeieinsätze	204
b)	Behandlung Inhaftierter	205
c)	Misshandlungen durch Private	211
d)	Ausweisung und Auslieferung	212
III.	Verbot der Sklaverei und der Zwangsarbeit	221
1.	Allgemeines	221
2.	Verbot der Sklaverei und Leibeigenschaft	222
3.	Verbot der Zwangs- und Pflichtarbeit	223
a)	Begriff der Zwangs- und Pflichtarbeit	223
b)	Die Ausnahmen des Art. 4 Abs. 3	224
aa)	Arbeiten in der Haft	225
bb)	Militärdienst	225
cc)	Notstandspflichten	226
dd)	Übliche Bürgerpflichten	226
4.	Verbot des Menschenhandels	226
5.	Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	228
§ 21.	Freiheit und Freizügigkeit	229
I.	Garantie der persönlichen Freiheit	229
1.	Allgemeines	230
2.	Schutzbereich	231
3.	Eingriffe	233

4.	Zulässigkeit von Eingriffen in die persönliche Freiheit	236
a)	Gesetzliche Grundlage	236
b)	Einhaltung des innerstaatlichen Verfahrens	237
c)	Beachtung des Willkürverbots	238
d)	Vorliegen eines Haftgrunds	240
aa)	Verurteilung	240
bb)	Nichtbefolgung von Gerichtsbeschlüssen oder einer gesetzlichen Verpflichtung	243
cc)	Präventiv- und Untersuchungshaft	245
(a)	Hinreichender Tatverdacht	246
(b)	Gefahr der Begehung einer Straftat	247
(c)	Fluchtgefahr	248
dd)	Inhaftnahme Minderjähriger	248
ee)	Unterbringung von Kranken und Landstreichern	249
ff)	Verhinderung des unberechtigten Eindringens in das Staatsgebiet, Abschiebungs- und Auslieferungshaft	252
e)	Verbot der Schuldhaft	254
5.	Rechte der festgenommenen Person	254
a)	Informationsrecht	254
b)	Haftdauer und richterliche Vorführung	256
c)	Recht auf richterliche Haftprüfung	262
d)	Entschädigung	266
6.	Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	266
II.	Freizügigkeit	267
1.	Allgemeines	267
2.	Schutzbereich	268
3.	Eingriffe	269
4.	Rechtfertigung	271
III.	Aufenthaltsgarantien	273
1.	Allgemeines	273
2.	Verbot der Ausweisung	274
a)	Schutzbereich	274
b)	Eingriffe	275
c)	Rechtfertigung	275
3.	Verbot der Kollektivausweisungen	276
§ 22.	Rechte der Person	278
I.	Schutz des Privat- und Familienlebens	278
1.	Allgemeines	279
2.	Grundrechtsträger	280
a)	Natürliche Personen	280
b)	Juristische Personen	280
3.	Schutzbereich	281
a)	Privatleben	281
aa)	Selbstbestimmungsrecht über den Körper	282
bb)	Schutz der Privatsphäre	284
cc)	Freie Gestaltung der Lebensführung	285
b)	Familienleben	288
aa)	Das Schutzgut Familie	288
bb)	Gewährleistungsumfang	291

c) Wohnung	292
aa) Das Schutzgut Wohnung	292
bb) Gewährleistungsumfang	293
d) Korrespondenz	293
4. Eingriffe	294
a) Privatleben	294
b) Familienleben	297
c) Wohnung	299
d) Korrespondenz	300
5. Rechtfertigung	301
a) Gesetzliche Grundlage	301
b) Legitimes Ziel	304
c) Verhältnismäßigkeit	305
aa) Privatleben	305
bb) Familienleben	311
cc) Wohnung	316
dd) Korrespondenz	318
6. Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	321
a) Schutzpflichten	321
b) Gewährleistungspflichten bei Organisation und Verfahrensgestaltung	327
c) Informationspflichten	333
7. Fallgruppen	335
II. Recht auf Eheschließung	340
1. Allgemeines	341
2. Schutzbereich	341
3. Eingriffe	344
4. Rechtfertigung	344
III. Recht auf Bildung	348
1. Allgemeines	348
2. Bildungsrecht des Kindes	350
a) Gewährleistungsumfang	350
b) Eingriffe und Rechtfertigung	351
c) Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	353
3. Elternrecht	355
a) Gewährleistungsumfang	355
b) Eingriffe und Rechtfertigung	357
c) Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	359
IV. Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit	359
1. Allgemeines	360
2. Schutzbereich	361
a) Persönlicher Schutzbereich	361
b) Sachlicher Schutzbereich	362
aa) Gedanken- und Gewissensfreiheit	362
bb) Religions- und Weltanschauungsfreiheit	363
3. Eingriffe	368
4. Rechtfertigung	371
a) Gesetzliche Grundlage	372

b) Legitimes Ziel	372
c) Verhältnismäßigkeit	374
5. Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	377
§ 23. Politische und gemeinschaftsbezogene Grundrechte	380
I. Kommunikationsfreiheiten	380
1. Allgemeines	381
2. Schutzbereich	381
a) Die Freiheit der Meinungsäußerung	382
b) Informationsfreiheit	384
c) Pressefreiheit	386
d) Rundfunkfreiheit	387
e) Kunstfreiheit	388
f) Wissenschaftsfreiheit	388
3. Eingriffe	389
4. Rechtfertigung	392
a) Gesetzliche Grundlage	392
b) Legitimes Ziel	394
c) Verhältnismäßigkeit	396
aa) Eingriffe in die Freiheit der Meinungsäußerung und Information	397
bb) Besonderheiten bei Eingriffen in die Pressefreiheit	413
cc) Besonderheiten bei Eingriffen in die Freiheit des Rundfunks und sonstiger elektronischer Medien	424
dd) Besonderheiten bei Eingriffen in die Kunstfreiheit und in die Wissenschaftsfreiheit	427
d) Der Vorbehalt nach Art. 16	428
5. Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	428
a) Schutzpflichten	428
b) Gewährleistungspflichten bei Organisation und Verfahrensgestaltung	429
c) Informationspflichten	432
II. Versammlungsfreiheit	432
1. Allgemeines	432
2. Schutzbereich	434
3. Eingriffe	436
4. Rechtfertigung	437
a) Allgemeine Eingriffsvoraussetzungen nach Art. 11 Abs. 2 S. 1	437
aa) Gesetzliche Grundlage	437
bb) Legitimes Ziel	437
cc) Verhältnismäßigkeit	438
b) Der Beamtenvorbehalt nach Art. 11 Abs. 2 S. 2	441
c) Der Vorbehalt nach Art. 16	441
5. Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	441
III. Vereinigungsfreiheit	442
1. Allgemeines	443
2. Schutzbereich	444
3. Eingriffe	447
4. Rechtfertigung	448

a) Gesetzliche Grundlage	448
b) Legitimes Ziel	449
c) Verhältnismäßigkeit	449
d) Der Vorbehalt nach Art. 16	455
5. Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	455
IV. Recht auf freie Wahlen	456
1. Allgemeines	457
2. Schutzbereich	458
a) Persönlicher Schutzbereich	458
b) Sachlicher Schutzbereich	459
3. Eingriffe	461
4. Rechtfertigung	462
§ 24. Verfahrens- und Justizgarantien	469
I. Verfahrensgarantien in Zivil- und Strafsachen	470
1. Der Anwendungsbereich des Art. 6	471
a) Entscheidungen über „civil rights“	471
aa) Die Entscheidung über ein „Recht“	471
bb) Der „zivilrechtliche“ Charakter des Rechts	472
cc) Die Entscheidung der „Streitigkeit“ über ein Recht	476
b) Entscheidungen über strafrechtliche Anklagen	478
aa) Der Begriff des Strafrechts	479
bb) Anklage	482
2. Die einzelnen Garantien	484
a) Die Organisationsgarantie: das Entscheidungsorgan „Gericht“	484
aa) „Auf Gesetz beruhend“	486
bb) Unabhängigkeit des Gerichts	487
cc) Unparteilichkeit des Gerichts	491
(a) Subjektive Unparteilichkeit	492
(b) Objektive Unparteilichkeit	494
b) Zugang zu einem unabhängigen und unparteiischen Gericht	498
c) Der Grundsatz des fairen Verfahrens	507
d) Gebot angemessener Verfahrensdauer	516
e) Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens	521
aa) Allgemeines	521
bb) Ausschluss der Öffentlichkeit nach Art. 6 Abs. 1 S. 2	522
cc) Die einzelnen Ausschlussgründe	524
(a) Allgemeine Ausschlussgründe	524
(aa) Interesse der Moral	524
(bb) Interesse der nationalen Sicherheit	524
(cc) Interesse der öffentlichen Ordnung	525
(b) Prozessbezogene Gründe	525
(aa) Jugendschutz	525
(bb) Schutz des Privatlebens	525
(c) Ausschlussgründe zugunsten der Rechtspflege	526
dd) Nichtöffentlichkeit wegen Unterbleibens einer mündlichen Verhandlung	527

e)	Das Gebot der öffentlichen mündlichen Verhandlung im Rechtsmittelverfahren	529
ff)	Die Veröffentlichung der Entscheidung	531
f)	Besondere Verfahrensgarantien im Strafprozess	531
aa)	Information über Art und Grund der Beschuldigung ...	532
bb)	Ausreichende Zeit und Gelegenheit zur Vorbereitung der Verteidigung	533
cc)	Recht auf Anwesenheit und eigene Verteidigung	534
dd)	Waffengleichheit im Zeugenbeweis	541
(a)	Fragen an Zeugen und Sachverständige	541
(b)	Die Beiziehung von Zeugen	544
ee)	Beiziehung eines Dolmetschers	545
ff)	Nemo tenetur	546
g)	Die Unschuldsvermutung	548
II.	Nulla poena sine lege	552
1.	Allgemeines	553
2.	Anwendungsbereich	554
3.	Gewährleistungsumfang	556
a)	Prinzip der Gesetzmäßigkeit von Verurteilungen	556
b)	Rückwirkungsverbot	557
aa)	Strafbarkeit nach innerstaatlichem Recht	557
bb)	Strafbarkeit nach internationalem Recht	558
c)	Bestimmtheits- und Klarheitsgebot	560
d)	Verbot der rückwirkenden Verhängung höherer Strafen	563
III.	Das Verbot der Doppelbestrafung und -verfolgung	564
1.	Allgemeines	564
2.	Anwendungsbereich	565
3.	Der Inhalt der Garantie	566
4.	Zulässige Beschränkungen der Garantie	569
IV.	Das Recht auf Überprüfung von Strafurteilen	569
1.	Allgemeines	569
2.	Anwendungsbereich	570
3.	Gewährleistungsumfang	570
4.	Beschränkungen des Rechts	571
V.	Das Recht auf Entschädigung bei Fehlurteilen	573
1.	Allgemeines	573
2.	Voraussetzungen des Entschädigungsanspruchs	573
3.	Inhalt des Entschädigungsanspruchs	574
VI.	Verfahrensgarantien in Ausweisungsverfahren	574
1.	Allgemeines	574
2.	Anwendungsbereich	575
3.	Die einzelnen Verfahrensgarantien	575
4.	Beschränkungen des Rechts	577
VII.	Das Recht auf wirksame Beschwerde	577
1.	Allgemeines	578
2.	Anwendungsbereich	580
3.	Gewährleistungsumfang	584

§ 25. Wirtschaftliche Grundrechte	596
I. Eigentumsgarantie	596
1. Allgemeines	597
2. Schutzbereich	598
a) Sachlicher Schutzbereich	598
b) Persönlicher Schutzbereich	603
3. Eingriffe	603
a) Eigentumsentziehungen	603
b) Regelungen der Eigentumsnutzung	605
c) Sonstige Eingriffe	607
4. Rechtfertigung	608
a) Eigentumsentziehungen	608
b) Nutzungsregelungen	615
c) Sonstige Eingriffe	617
5. Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	620
a) Schutzpflichten	620
b) Grundrechtliche Gewährleistungspflichten bei Organisation und Verfahrensgestaltung	622
II. Berufsfreiheit	623
1. Allgemeines	623
2. Schutzbereich und Eingriffe	624
3. Rechtfertigung	626
4. Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	626
§ 26. Gleichheitsgrundrechte	627
I. Beschränktes Diskriminierungsverbot	627
1. Allgemeines	627
2. Konkurrenzen	628
3. Anwendungsbereich	629
4. Feststellung einer Diskriminierung	632
a) Ungleichbehandlung von vergleichbaren Sachverhalten	632
b) Differenzierungsgründe	634
5. Rechtfertigung	636
a) Legitimes Ziel	636
b) Verhältnismäßigkeit	638
aa) Allgemeines	638
bb) Diskriminierung aufgrund des Geschlechts	639
cc) Diskriminierung aufgrund der Rasse, der Hautfarbe, der Sprache oder der Staatsangehörigkeit	641
dd) Diskriminierung aus religiösen Gründen	643
ee) Diskriminierung aufgrund politischer oder sonstiger Überzeugungen	643
ff) Diskriminierung aufgrund der Geburt oder der sozialen Herkunft	644
gg) Diskriminierung aus sonstigen Gründen	645
6. Grundrechtliche Gewährleistungspflichten	649
II. Besonderer Gleichheitssatz in Zusammenhang mit der Ehe	651
III. Der allgemeine Gleichheitssatz des 12. ZP	653

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Abkürzungen der Mitgliedstaaten 655

Verzeichnis der Entscheidungen des EGMR 657

Sachverzeichnis 677

